

Worms hat eine Zukunft verdient!

1. Wirtschaftsfaktor Innenstadt

Eine lebenswerte Innenstadt hängt direkt mit einem prosperierenden Einzelhandel zusammen. Dieser kann aber nur prosperieren, wenn auch Kunden den Weg zu diesem finden. Hierbei stellen günstige und vor allem leicht erreichbare Parkplätze einen entscheidenden Standortfaktor im Wettbewerb der Städte dar. Dem steigenden Kostendruck bei den Parkgebühren sowie dem ersatzlosen Wegfall an Parkplätzen (Parkhaus Ludwigsplatz, Parkplätze Am Fischmarkt) in der City entgehen die Kunden, in dem sie die Geschäfte mit kostenfreien Parkplätzen in den Gewerbegebieten am Stadtrand ansteuern. Dies wird im Stadtgebiet von Worms eindrücklich durch die vollen Parkplätze im Wormser Einkaufspark (WEP), im Fachmarktgelände ehemals Opel Busch sowie im Gewerbegebiet „Am Gallborn“ im Wormser Norden demonstriert.

Denn die Wormser Innenstadt leidet wie viele ähnlich große Städte besonders unter den Folgen des Wandels im Handel. Auch der moderne Internethandel der durch die handelsfeindlichen Regelungen während der Corona-Pandemie nochmals gewachsen ist, trägt sein Übriges zum Sterben der innerstädtischen Einzelhändler bei. In dieser schwierigen Entwicklung unserer Stadt darf die Verwaltung dem Einzelhandel keine weiteren Belastungen mehr aufbürden.

Mit einer weiteren Einschränkung des öffentlichen Parkraums, wie u. a. mit den Parkplätzen am Neumarkt geplant, bzw. des bereits erfolgten Parkverbots auf dem Weckerlingplatz werden nicht nur die Autofahrer aus der Innenstadt vertrieben, sondern auch die letzten Kunden aus der Wormser Innenstadt, ob Einzelhandel oder auch Gastronomie. Auch der innerstädtische Einzelhandel ist Teil der Wirtschaft und muss als solches seitens der städtischen Wirtschaftsförderung berücksichtigt werden.

2. Weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger stoppen

Seit der Teilnahme der Stadt Worms am Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) des Landes ist die städtische Haushaltspolitik durch eine sehr einnahmeseitige Ausrichtung (Erhöhung der Gewerbesteuer, Erhöhung der Grundsteuer A und bereits viermal erhöhte Grundsteuer B, mehrmalige Erhöhung der Hundesteuer, Erhebung einer Schankerlaubnisteuer, Erhöhung der Gebühren in der Stadtbibliothek etc. pp.).

Im Hinblick auf immer neue Gebühren- und Abgabenerhöhungen und deren anscheinend sachlich sinnvoller Begründung („Anpassung der Gebühren für das Anwohnerparken“) kennt die Phantasie der Verwaltung unserer Stadt keine Grenzen: So steigen hierfür die Gebühren in diesem Jahr von 30 Euro auf sage und schreibe 180 Euro. Das Abkassieren kennt keine Grenzen!

Die FDP-Stadtratsfraktion setzt sich hier für eine klare Begrenzung der Belastungen der Wirtschaft und des Bürgers auf kommunaler Ebene ein. Deshalb hat die FDP-

Fraktion allen Steuererhöhungen, ob Grundsteuer B, Hundesteuer oder Vergnügungssteuer, in der Ratssitzung am 20. Dezember 2023 eine klare Absage erteilt.

3. Gegen den Verbots- und Nannystaat – Freie Wahl des Verkehrsmittels

Aus unserer liberalen Überzeugung heraus lehnen wir jede Bevormundung des Bürgers auf das von ihm zu wählende Verkehrsmittel ab. Wir Liberale treten für ein Mix aller Verkehrsmittel ein: PKW, ÖPNV, Fahrrad. Jeder muss das Verkehrsmittel wählen dürfen, welches er möchte.

Deshalb lehnen wir Einschränkungen und die Verteufelung des motorisierten Individualverkehrs entschieden ab. Poller, physische Fahrbahnbegrenzungen, Einbahnstraßenregelungen, unsinnige Fahrradstraßen, weitere Umwandlungen von Parkplätzen sind mit der Wormser FDP nicht umzusetzen.

Die Verwaltung sowie CDU, SPD und die Grünen verkennen die Situation der tatsächlich gelebten Mobilität der Wormser Bürger und will diese ökologisch korrekt umerziehen. Wer nicht mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad seine Einkäufe in der Innenstadt erledigt, der soll zahlen und zwar kräftig. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass es für eine Mutter mit zwei Kindern völlig unmöglich ist, beispielsweise per Fahrrad, per Lastenfahrrad oder Omnibus mit eben diesen ihren Kindern, Einkäufe von ausreichend Babywindeln, Babynahrung und anderen Hygieneartikeln zu tätigen. Auch in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen sowie ältere Menschen sind das Opfer dieser mobilitätsfeindlichen Verkehrspolitik.

4. Liberales Verkehrskonzept für die Innenstadt

Wir Liberale lehnen das Konzept einer autofreien Innenstadt entschieden ab. Um die Innenstadt vom Durchgangsverkehr zu befreien, ist stattdessen die schnellstmögliche Fertigstellung der Südumgehung zu gewährleisten. Nach dieser ist direkt mit den Planungen zur Fertigstellung des äußeren Rings (Verlängerung der Krankenhaustangente) zu beginnen. Erst danach kann man über Durchfahrtsverbote nachdenken.

Parkplätze:

- Es darf keine weitere Rückführung des Parkplatzangebotes in Worms mehr stattfinden. Die Umwandlung des Parkplatzes am Neumarkt darf nicht vollzogen werden. Ebenso ist der Parkplatz neben dem Wormser Kultur- und Tagungszentrum zu erhalten. Auch der Rückbau der Parkplätze hinter dem 118er Denkmal lehnt die FDP strikt ab.

- Dagegen ist der über einige Jahre als Parkraum genutzte Weckerlingplatz wieder in die Parkraumbewirtschaftung mit einzubeziehen. Gerade durch die unmittelbar daneben sich befindenden Elefantenhöfe mit ihrem reichhaltigen gastronomischen und kulturellen Angebot ist die Nachfrage nach Parkplätzen in diesem Bereich der Innenstadt enorm gestiegen. Die Frage der Parkraumbewirtschaftung ist auch kein Problem, da sich hier bereits zwei Parkscheinautomaten befinden.

- Auch der Marktplatz muss wie zu den Nibelungenfestspielen auch für besondere Anlässe in der Innenstadt als Parkplatz wieder genutzt werden können.
- Nachdem das Parkhaus am Ludwigsplatz vor einem Jahr geschlossen wurde, ist zu prüfen, mit welchen Kosten und welchen baulichen Maßnahmen dies für die obersten drei Etagen wieder als Parkhaus in Betrieb genommen werden kann.

Parkgebühren: Das kostenpflichtige Parken sollte an Samstagen nach 14 Uhr enden. Darüber hinaus lehnen wir Liberale weitere Erhöhungen der Parkgebühren ab.

5. Sicherheit und Sauberkeit

Sicherheit und Sauberkeit stellen ein zentrales Anliegen der Wormser Liberalen dar. Alle Wormser Bürgerinnen und Bürger sollen ihr Leben ohne Furcht vor Kriminalität in allen Teilen unserer Stadt gestalten können.

Es ist nicht hinnehmbar, dass sich in Worms regelrechte „No-Go-Areas“ etablieren und sich die Bevölkerung mancherorts (z. B. Mainzer Straße, Albert-Schulte-Park, Fußgängerzonen nach Ladenschluss, Bahnhofsumfeld) nicht mehr sicher fühlt. Hier muss die Politik hinsehen sowie angemessen und konsequent reagieren, z. B. durch erhöhte Präsenz von Fuß- bzw. Fahrradstreifen vor Ort.

Mehr Fuß- und Fahrradstreifen

Die Wormser FDP fordert, das beeinträchtigte Sicherheitsempfinden der Bürger durch den vermehrten Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen, Sicherheitspatrouillen der Bundespolizei sowie durch bessere Ausleuchtung neuralgischer Punkte zu verbessern.

In jüngster Zeit wird über den verstärkten Einsatz von Videoüberwachung an bestimmten Stellen in der Innenstadt diskutiert. Grundsätzlich begrüßen wir die Anbringung von intelligenten Kamerasystemen an neuralgischen Punkten unserer Stadt, als Liberale ist uns jedoch wichtig zu erfahren, wer Zugriff auf die generierten Daten hat.

Null-Toleranz-Politik

Die Wormser FDP setzt sich für eine lebenswerte und attraktive Stadt für die Bürger, die ansässigen Unternehmen und Touristen ein. Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie eine saubere, ansprechende Umgebung stellen einen entscheidenden Standortfaktor für zukünftige Prosperität dar. Deshalb spricht sich die Wormser FDP für „Null Toleranz“ gegenüber Gewalttätern sowie gegen Verwahrlosungstendenzen und Vandalismus auf allen öffentlichen Plätzen, den Fußgängerzonen und städtischen Parkanlagen aus! Die bestehende Gesetzeslage, auch im Ausländer- und Asylrecht, muss zwingend und konsequent umgesetzt werden. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent zurückgeführt werden. Wir setzen uns für die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber ein, um das illegale Schlepperwesen zu unterbinden.

6. Eine gezielte Wirtschaftsförderung aus einem Guss

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine starke, leistungsfähige Wirtschaft, die gut bezahlte Arbeitsplätze in Worms schafft, ein. Hierfür muss insbesondere geschaut werden, wo es noch attraktive Gewerbeflächen für die Ansiedlung von Unternehmen gibt, dann muss der Leerstand in der Innenstadt angegangen werden und Perspektiven für Gewerbetreibende entwickelt werden. Wir wollen alle Potentiale voll ausschöpfen und Worms als attraktiven Wirtschaftsstandort präsentieren.

Daher fordern wir:

- Industrie als Rückgrat unseres Wohlstands: Ein industriepolitisches Konzept soll erarbeitet werden. Hierzu sollen alle relevanten Wirtschaftsakteure beteiligt werden, um eine effektive Umsetzung zu gewährleisten.
- Unvoreingenommene Prüfung von weiteren Flächen für die Ansiedlung attraktiver Unternehmen anstatt permanenter Blockadehaltung. Hier hat Alzey vorgemacht wie es geht!
- Eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Bildungsreinstellungen und den Unternehmen als zukünftige Arbeitgeber.
- Es sollen Maßnahmen erarbeitet werden, wie wir unsere in Worms ausgebildeten Fachkräfte/Hochschulabsolventen in der Stadt halten können.
- Die Schaffung eines neuen Gründergeistes für die Startup-Szene
- Die Schaffung eines eigenen Wirtschaftsdezernats mit einem allein hierfür zuständigen Beigeordneten, um die Bedeutung des Erarbeitens von Wohlstand für die Zukunft unserer Stadt herauszustellen
- Des Weiteren müssen die bürokratischen Hürden für Unternehmen überprüft und im Zweifel abgebaut werden. Die Stadtverwaltung muss sich wirtschafts- und kundenorientierter aufstellen. Dazu gehören zügige Genehmigungsverfahren und kooperative Hilfestellung bei den immer komplizierteren Antragsverfahren.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern

- Förderung des Tourismusstandorts Worms in Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing
- Weiterentwicklung der Rheinpromenade
- Marketingkonzept für Worms als Teil der SchUM-Städte
- Unterstützung und Förderung zur Weiterentwicklung des Betriebes des **Wormser Rheinstrandes**. Schaffung von Parkmöglichkeiten für PKW und Fahrrad und verbesserte ÖPNV-Anbindung („After Work Networking steigert die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Worms).
- **Tierpark im Wäldchen**: Die FDP setzt sich für die weitere Schaffung von Parkplätzen am Tierpark ein, damit nach wie vor auch Familien mit Kindern diese sehr beliebte Freizeitmöglichkeit nutzen können. Der weitestgehende Wegfall von PKW-Parkplätzen am Tierpark wegen der Schaffung einer Wendemöglichkeit für Gelenkbusse sind neu zu ersetzen. Die FDP widersetzt sich der politischen Intention das „Wäldchen“ autofrei zu gestalten. Insbesondere Familien mit Kleinkindern sind auf den Privat-PKW angewiesen.

Eine prosperierende Wirtschaft ist nicht Alles – aber ohne prosperierende Wirtschaft ist Alles nichts!

7. Bildung und Jugend

Die kommunale Ebene steht als Schulträger vor allem für den Bau und die Sanierung von Schulen in der Verantwortung. Wir wollen, dass Investitionen im Schulbereich bedarfsgerecht erfolgen. Es müssen genügend zeitgemäße Unterrichts- und Fachräume vorhanden sein. Die erkennbar notwendigen Investitionen in die berufsbildenden Schulen und die Gymnasien muss zeitnah erfolgen. Besonders bei den naturwissenschaftlichen Räumen im Bildungszentrum besteht zwingender Handlungsbedarf.

Für mehr Sportstätten und ein ausreichendes Sportprogramm

Auch die Sportstättensituation ist desaströs. Endlich wird nun ein 14 Jahre alter Stadtratsbeschluss auf Neubau der Turn- und Sporthalle am Eleonoren-Gymnasium umgesetzt. In Anbetracht von zunehmender Übergewichtigkeit, auch schon im jungen Alter, ist es besonders wichtig, dass auch dem Sport eine angemessene Bedeutung in der Schule zukommt. Dies ist besonders wichtig, wenn Schüler einen Großteil ihres Tages, wie es bei Ganztagschulen der Fall ist, in der Schule verbringen. Dementsprechend muss für ein ausreichendes Sportprogramm an den Ganztagschulen gesorgt werden. Dies sollte auch in Kooperation mit den zahlreichen Wormser Sportvereinen geschehen.

Kurze Beine, kurze Wege

Bei den Grundschulen muss der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ gelten. Daher sind alle Vorortgrundschulen zu erhalten. Kindern im Alter ab 6 Jahren ist noch keine Busfahrt zumutbar.